



Mit dem Zweiten altert sich's besser

von Bettina Irion | Aktualisiert 10:16

ARD und ZDF finanzieren aus den Rundfunkbeiträgen üppige Renten: bis zu 1750 Euro monatlich pro Mitarbeiter.



picture-alliance / Andreas Geber

Bild 1 von 1

Das ZDF zeigt sich großzügig: 21.000 Euro Betriebsrente zahlt es pro Jahr ehemaligen Mitarbeitern im Ruhestand

Ob Fernseher, Radio oder nicht: Seit 1. Januar werden für jeden Haushalt 17,98 Euro Rundfunkbeitrag fällig. Heißt: 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Öffentlich-Rechtlichen, wie der Autoverleih Sixt ausrechnen ließ. Davon werden auch die üppigen Ruhestandsgelder für ehemalige Mitarbeiter bezahlt. B.Z. hat sie sich angesehen.

Rund 18.900 Euro Betriebsrente pro Jahr kassieren Ex-Mitarbeiter der ARD im Durchschnitt, das ZDF zahlt sogar 21.000 Euro. Macht 1575 Euro bzw. 1750 Euro Zusatzrente pro Monat, die der Gebührenzahler finanziert – zusätzlich zur gesetzlichen Rente, ohne selbst eingezahlte Beiträge.

In der Privatwirtschaft bekommen männliche Ehemalige im Schnitt 490 Euro, 48 Prozent sogar weniger als 200 Euro. Frauen müssen sich im Schnitt mit 214 Euro begnügen.

Aktuell kommen knapp 22.000 öffentlich-rechtliche Senioren in den Genuss der Betriebsrenten. Da sie zusätzlich eine gesetzliche Rente beziehen, erreichen sie im Durchschnitt der ARD-Anstalten ein Versorgungsniveau von rund 67 Prozent des Nettoeinkommens – im Gegensatz zu normalen Rentnern, denen die gesetzliche Rentenversicherung im Schnitt 50 Prozent ihrer Nettobezüge zahlt und wo der Betrag bei 2200 Euro gedeckelt ist.

Noch üppiger sieht es beim Hessischen Rundfunk (HR) und beim Südwestrundfunk (SWR) aus, wo sogar ein mittleres Versorgungsniveau von 71,2 bzw. 71,5 Prozent erreicht wird.

Eindeutig zu hoch, findet die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) der Rundfunkanstalten. „Wir sehen hier ganz klar Handlungsbedarf“, so Ralf Seibicke, KEF-Vizevorsitzender und Präsident des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt, zur B.Z. und droht: „Wenn die Anstalten diese Botschaft nicht ernst nehmen, wird die KEF wirtschaftlichen Druck ausüben und ihnen auch Gelder streichen.“

Grundsätzlich stellt er die üppige Altersversorgung der Rundfunkanstalten jedoch nicht infrage. „Das mittlere Versorgungsniveau liegt bei fast allen Anstalten inzwischen sogar etwas unter dem des öffentlichen Dienstes“, so Seibicke. „Solange es dort eine gute Versorgung gibt, wollen wir die auch bei den Öffentlich-Rechtlichen akzeptieren. Die Sender müssen die Wirtschaftlichkeit und die Entwicklung im Auge behalten.“

So sei zum Beispiel die veranschlagte Rentenanpassung von zwei Prozent im Jahr auf Dauer nicht finanzierbar. Selbst im öffentlichen Dienst werde nur mit einem Prozent Steigerung kalkuliert.

In der Vergangenheit haben die Mahnungen der KEF durchaus gewirkt: So gab es bis zu diversen Änderungen seit Mitte der 90er bei allen Anstalten (außer MDR) eine sogenannte Gesamtversorgung, die Ehemaligen sogar Gesamrenten von bis zu 95,3 Prozent bescherte.